

kannt gewesen. 16.550 Schwangerschaftsabbrüche hätten in einer gynäkologischen Praxis, 9.011 in einem Krankenhaus stattgefunden.

Die Zahl der Beratungsgespräche seit Inkrafttreten des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes kann die Bundesregierung nach eigenen Angaben nicht beziffern. Überwiegend werde von einem Anstieg der Beratungsfälle seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 berichtet.

Anträge

— Im nationalen wie im internationalen Bereich müssen die gesellschaftliche Sensibilität und Verantwortung für den *Schutz der Rechte der Kinder*, wie sie auch in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt sind, gestärkt und die sexuelle Ausbeutung von Kindern weltweit geächtet werden. Das forderte der Bundestag, indem er einen Antrag aller im Parlament vertretenen Fraktionen (13/5063) am 26. Juni annahm.

Bekämpft werden müsse der *Sextourismus* als „übelste Form der modernen Sklaverei“. In diesem Zusammenhang seien Gesetze wie das deutsche Strafrecht zur Bestrafung auch im Ausland begangener Straftaten wirksam umzusetzen.

Zu unterstützen seien Projekte, die im größeren Maß auf die Existenzsicherung, Selbständigkeit und verbesserte berufliche Qualifikation gerade von Mädchen und Frauen zielen.

— Die Bundesregierung soll die Unterhaltssätze der *Regelunterhaltsverordnung für nichteheliche Kinder* so heraufsetzen, daß sie dem tatsächlichen Existenzminimum, zumindest aber der im Einkommensteuergesetz anerkannten Höhe entsprechen. Dies ist einem Antrag (13/5211) der SPD zu entnehmen, mit dem sich die Fraktion des weiteren für einen Gesetzentwurf zur Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes (UVG) ausspricht. Die Regierung soll damit sicherstellen, daß künftig unterhaltbedürftige Kinder von den Leistungen des UVG nicht allein deshalb ausgeschlossen werden, weil sich das alleinerziehende Elternteil wieder verheiratet. Auch möchte die SPD erreichen, daß die Unterhaltsvorschußkassen verbesserte Auskunftsrechte über den Aufenthaltsort und die wirtschaftliche Lage von barunterhaltspflichtigen Eltern erhalte.

Sonstiges

— Zur *Reform des Kindschaftsrechts* will der Rechtsausschuß Anfang 1997 eine Anhörung veranstalten, hat er aus Anlaß seines Besuches beim 61. Deutschen Juristentag beschlossen. Die Anhörung soll sich befassen mit dem Gesetzentwurf der Regierung (13/4899) sowie den Anträgen der SPD (13/1752) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (13/3341).

Buchhinweise

Pfarr, Prof. Dr. Heide: Frauenförderung in den Hochschulen Schleswig-Holsteins, Rechtsgutachten, Mai 1996.

Bezug: Frauenbeauftragte Sabine Scholz, FH Flensburg, 24939 Flensburg.

Salgo, Ludwig: Vom Umgang der Justiz mit Minderjährigen, Schriftenreihe Familie und Recht, Luchterhand Verlag 1995.

lose Gedanken – ungebunden. zu feministischen rechtsideen und aus der rechtspraxis. Readerin Nr. 1/1966 des Feministischen Rechtsinstituts. Aus dem Inhalt: Degen, Barbara: Im Kernland der Hexenprozesse; Flügge, Sibylla: Wie weibliche Freiheit verloren ging; Bode, Malin: Die Entwicklung der weiblichen Rechtssubjektivität in der Moderne; Protokolle der Arbeitsgemeinschaften des Feministischen Rechtsinstituts.

Bezug: Feministisches Rechtsinstitut e.V., Königstr. 11, 53113 Bonn

Der Prozeß gegen Monika Haas, Veranstaltung des Komitees für Grundrechte und Demokratie am 21.3.1995, mit Informationen über Verfahrenshintergründe und den Prozeßverlauf bis Juli '96.

Bezug: Forum für Monika Haas, Postfach Bodo Lube 180148, 60082 Frankfurt/Main (DM 8,-)

Petersson, Gisela / Lißner, Lothar: Umbau statt Abbau – gemeinsam und emanzipatorisch, (Grundsicherung von Frauen und Elternurlaub in der BRD, Österreich und Schweden).

Bezug: Kooperationsstelle, Besenbinderhof 60, 20697 Hamburg (DM 12,-)

Aus anderen Zeitschriften

Dieball, Heike: Entgeltgleichheit – EG-rechtliche Vorgaben, in: EuroAS 11/95, S. 179 ff.

Terre des Femmes (Hrsg.): Rundbrief 1/1996; mit Beiträgen u.a. zu Frauen und Aids, Frauenhandel, Frauenrechte in Tansania, Menschenrechte und Islam.

Bezug: Terre des Femmes, Postfach 2565, 72015 Tübingen.

Stellenhinweis:

Vertretungsprofessur – FH

Am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Bielefeld ist eine Vertretungsprofessur für das Fachgebiet Bürgerliches Recht, insbes. Familienrecht und Jugendrecht, (C 3 BBesO) zu besetzen. Bewerbungen sind möglichst bis zum 6.1.1997 zu richten an den Dekan des FB Sozialwesen der FH Bielefeld, Kurt-Schumacher-Str. 6, 33615 Bielefeld.

Auskünfte auch über die Frauenauftragte Annelore Friehe, Tel.: 0521/106-2626, Fax: -2600.